

Beschlußempfehlung und Bericht **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Gerd Poppe, Dr. Angelika Köster-Loßack,
Dr. Helmut Lippelt und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 13/5950 –

Demokratie und Menschenrechte als Maßstab der deutschen Südost- und Ostasienpolitik

A. Problem

Vor dem Hintergrund der Reisen des Bundeskanzlers nach Indonesien, auf die Philippinen und nach Japan sowie des Bundesministers des Auswärtigen nach China und in die Mongolei wird die Bundesregierung aufgefordert, die Respektierung von Menschenrechten und rechtsstaatlichen Normen als Kriterium ihrer Außenbeziehungen deutlich sichtbar zu machen. Insbesondere soll sie sich dazu bekennen, daß der Protest gegen menschenrechtswidrige Praktiken und das Bestehen auf Einhaltung geltenden Völkerrechts keine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten bedeuten. Sie wird weiterhin aufgefordert, ihre Politik der Rüstungsexportförderung nach Ostasien und in die von Krisen und Spannungen geprägte Region Südostasiens zu beenden und auch die militärische Kooperation einzustellen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages mit den Stimmen der CDU/CSU-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Abwesenheit der F.D.P.-Fraktion und der Gruppe der PDS.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Antrag auf Drucksache 13/5950 wird abgelehnt.

Bonn, den 8. Oktober 1997

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Karl-Heinz Hornhues
Vorsitzender

Andreas Krautscheid
Berichterstatter

Volker Neumann (Bramsche)
Berichterstatter

Gerd Poppe
Berichterstatter

Ulrich Irmer
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Andreas Krautscheid, Volker Neumann (Bramsche), Gerd Poppe und Ulrich Irmer**I.**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 145. Sitzung am 5. Dezember 1996 den vorliegenden Antrag auf Drucksache 13/5950 an den Auswärtigen Ausschuß zur federführenden Beratung und an den Rechtsausschuß, den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

Der Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe wurde am 15. Januar 1997 vom federführenden Ausschuß mit der gutachtlichen Stellungnahme beauftragt.

II.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung faßte in seiner Sitzung vom 15. Januar 1997 mit den Stimmen der CDU/CSU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion gegen die antragstellende Fraktion den Beschluß, den Antrag auf Drucksache 13/5950 abzulehnen.

Der Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Ausschusses empfahl mit den Stimmen der CDU/CSU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der SPD-Fraktion in seiner

21. Sitzung am 29. Januar 1997, den Antrag abzulehnen.

In seiner Sitzung vom 16. April 1997 beschloß der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD abzulehnen.

Am 24. September 1997 beriet der mitberatende Rechtsausschuß den Antrag auf Drucksache 13/5950 und empfahl mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der SPD sowie der Gruppe der PDS die Ablehnung der Vorlage.

III.

Der federführende Auswärtige Ausschuß nahm den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/5950 am 8. Oktober 1997 in seine Beratung auf und faßte mit der Mehrheit der Stimmen der CDU/CSU-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Abwesenheit der F.D.P.-Fraktion und der Gruppe der PDS den Beschluß, die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen.

Bonn, den 8. Oktober 1997

Andreas Krautscheid

Berichterstatter

Volker Neumann (Bramsche)

Berichterstatter

Gerd Poppe

Berichterstatter

Ulrich Irmer

Berichterstatter

